

Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 16. Dezember 1914.

Die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens sind günstige; der Jahreszeit entsprechend ist eine geringe Zunahme der Erkrankungen der Atmungsorgane zu konstatieren.

Was die ansteckenden Krankheiten betrifft, so zeigen die in Wien einheimischen Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Masern etc.) keine erhöhte Morbidität. Der Bauchtyphus ist unter den vom Kriegsschauplatz zurückgekehrten Militärpersonen stark verbreitet. Im Dezember wurden bisher 164 Fälle gemeldet. Aus der Wiener Bevölkerung kamen in derselben Zeit 12 Fälle zur Anzeige, welche sich jedoch nicht auf den Verkehr mit Militär, sondern zum Teile (4 Fälle) auf eine Milchinfektion zurückführen lassen.

Der im November beobachtete starke Rückgang der Ruhr hat auch im Dezember angehalten. In diesem Monat sind bisher 7 Wiener, 5 Ortsfremde und 31 Militärpersonen an Ruhr erkrankt.

Bei der Cholera ist eine weitere Verminderung der Erkrankungen zu beobachten. Im Dezember wurden 20 Erkrankungen, sämtlich Militärpersonen betreffend, bakteriologisch festgestellt.

Zu den bereits gemeldeten 19 Blatternfällen (4 Militär, 15 Zivil) kamen seither noch 5 Fälle, und zwar wurden 4 Fälle unter den in der Sanitätsstation des X. Bezirkes wegen Blatternverdacht abgeordneten Wohnungsgenossen der früher an Blattern Erkrankten festgestellt, ein Fall stammt aus dem Hause X., Hardtmuthgasse 110, wo schon früher in einer anderen Familie eine Blatternerkrankung beobachtet wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, daß am 2. Jänner 1915 die Koupons der Wiener Anlehen (vom Jahre 1898 und 1902) einzulösen sind. Große Posten hievon seien in Deutschland und Frankreich, er habe die Absicht, durch eine Kundmachung zu erklären, daß an französische Besitzer nichts ausbezahlt werde. Die Einlösungsstellen seien angewiesen, eine Verletzung oder Umgehung der gesetzlichen Zahlungsverbote gegen Angehörige feindlicher Staaten möglichst hintanzuhalten. Die Einlöschungsdotation für das Anlehen vom Jahre 1902 ist mit Rücksicht auf die für Frankreich bestimmten Stücke um fast 2 Millionen Kronen herabgemindert und wird, falls die Deutsche Bank zustimmt, in Mark erfolgen, die uns von der Postsparkassa in kulanter Weise zur Verfügung gestellt werden. Andererseits wolle die Gemeinde einer Anregung der Deutschen Bank entsprechend auch die Einlöschungsdotation für das 60 Millionen-Anlehen vom Jahre 1898, welches zum Teile in Deutschland plaziert ist, in Mark geben, wodurch die deutschen Gläubiger einen kleinen Vorteil erhalten, der der Gemeinde jedoch nichts kostet (80 Mark = 100 K.). Für die Einlösung in Deutschland seien 600 000 K. erforderlich. Er habe es beim Finanzministerium und bei der Postsparkassa erreicht, die erforderlichen Beträge von zusammen von 2.7 Millionen Mark zum Kurse von 1 K 25 h für die beiden Anlehen zu erhalten. Die Postsparkassa habe sich verpflichtet, wenn bis zum 28. Dezember der Kurs niedriger sei, den niedrigeren Kurs, falls er jedoch höher sei, die Mark mit dem vereinbarten Betrage von 1 K 25 h zu berechnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet an Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller das Ersuchen, die geplante Kund-

machung mit Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr durchzugehen.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit der Erlassung der Kundmachung und mit der mit der Postsparkassa getroffenen Vereinbarung einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht die Höchstpreise für Mehl. Die Berechnung der Höchstpreise durch die Statthaltereie, die die Preise der zweiten Oktoberhälfte zugrunde legt, beruhe auf falschen Notierungen. Die Preise an der Börse wurden gedrückt; die besseren Sorten seien hier gar nicht geschlossen worden, dadurch habe sich ein zu geringer Durchschnittspreis ergeben. Der Höchstpreis für Weizen sei 40 K 50 h, für Weizenmehl 67 K 85 h. Durch Vergleichung der Höchstpreise findet man, daß Wien den niedrigsten Höchstpreis besitze, auch niedriger wie Budapest; daraus ergebe sich der katastrophale Schluß, daß von Budapest kein Mehl kommen werde; man kann doch nicht teurer in Budapest einkaufen, als in Wien nach dem Gesetze verkauft werden dürfe. Faßt man ins Auge, daß die Produktion des O-Mehles auf ein Drittel herabgesetzt wurde und daß diese Preise auch den Großhändler verpflichten, so müsse man zugeben, daß die Verteilung dadurch unendlich leide. Eigentlich sollte man im Interesse einer besseren Mehlversorgung Wiens von der Regierung eine Erhöhung der Höchstpreise verlangen, doch könne dies die Gemeindevertretung unmöglich tun. Die Gemeinde müsse gegen diesen Vorgang der Regierung energischen Protest erheben und die ganze Verantwortung auf die zuständige Stelle wälzen. In vielen Detailhandlungen sei überhaupt kein Mehl erhältlich und er fürchte sehr, daß in kurzer Zeit die Bevölkerung ihrem Unmute in unangenehmer Weise Ausdruck geben werde.

Gem.-Rat Reumann erklärt, es sei ganz richtig, daß die Gemeinde nicht eine Erhöhung der Wiener Höchstpreise verlangen könne; sie könne aber eine einheitliche Fixierung der Höchstpreise fordern.

Gem.-Rat Dr. Hein schließt sich seinem Vorredner an und fordert ebenfalls einheitliche Höchstpreise und daß durch Verhandlungen mit Ungarn für die gesamte Monarchie eine Übereinstimmung erzielt werde.

Gem.-Rat Leitner teilt mit, daß die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in einem Zirkulare ankündigt, daß sie den Mehlhandel ausschalte, da ihr jede Möglichkeit genommen sei, Mehl zu erhalten. Dreiviertel des Mehlskonsumes werde aus Ungarn gedeckt. Die Höchstpreise für Wien müßten so festgestellt werden, daß die Frachtdifferenz von Budapest nach Wien im Höchstpreise enthalten sei. Ein ganz bescheidener Zwischengewinn müsse den Mehl-Engrosisten zugestanden werden, denn der Kleinhändler könne nicht direkt von den Mühlen kaufen, da bei der Übernahme bar bezahlt werden müsse. Der Engrosist sei zur Verteilung des Mehles und zur weiteren Abgabe desselben in kleinen Quantitäten an die Kleinhändler notwendig; ohne Gewinn würde er den Artikel einfach ausschalten. Die Differenz zwischen Kochmehl und O-Mehl (5 h) sei zu klein. Es müsse mindestens 1 K Differenz zwischen dem Wiener und dem ungarischen Höchstpreise bestehen, um Mehl nach Wien zu bekommen und um die Frachtspeisen dadurch auszugleichen. Er fürchte, daß, wenn nicht binnen kürzester Zeit eine Abhilfe getroffen werde, es in Wien wegen der Mehlnot zu Krawallen komme.